

Bezugs-Gebühr...
Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher gesendeten Abend-Ausgaben erhalten bis ausserordentlichen Preis mit der Morgen-Ausgabe zusammen gezahlt.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856
Druck und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

Anzeigen-Zert.
Annahme von Ankündigungen bis nach 5 Uhr, Sonntags nach 12 Uhr, bis nach 11 bis 12 Uhr. Die einseitige Grundgebühr (ca. 8 Silben) 20 Pf., Familien-Anzeigen aus Dresden 25 Pf., die zwei- und dreiseitige 30 Pf., die vier- und fünfseitige 40 Pf., die sechs- und siebenseitige 50 Pf., die acht- und neunseitige 60 Pf., die zehnsseitige 70 Pf., die elf- und zwölfsseitige 80 Pf., die dreizehns- und vierzehnsseitige 90 Pf., die fünfzehns- und sechzehnsseitige 1,00 Mk. — In Nummern nach Sonn- und Feiertagen bis einseitige Grundgebühr 25 Pf., Familien-Anzeigen aus Dresden die Grundgebühr 30 Pf. — Ausserordentliche Beiträge nach gegen Voranbestellung. — Jedes Blatt kostet 10 Pf.

Kinderlampions in bester und billigster Ausführung, sowie alle Sommerfestartikel, Kinderfahnen usw.
liefert **Oscar Fischer**, Cartonnagenfabrik, Am See 21.

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.

Hühneraugen und Hornhaut
beseitigt gründlich **Cornplaster** à 50 Pfennig.
Versand nach auswärts.
Königl. Hofapotheke, Dresden-A., Georgentor.

Gartenschläuche
fabriziert als Spezialität
Reinhardt Leupold
Dresden-A.
Tel. Nr. 228 18990 33*4
Plan verleihe
Muster und Preise.

Grösstes Lager
in
**Beleuchtungs-
Gegenständen**
Ebeling & Croener
Bismarckstr. 11.

Reisekoffer, Reise-Artikel, Lederwaren. Adolf Näter, Grösstes Lederwaren-Spezialgeschäft 26 Prager Strasse 26.

Für eilige Leser.

Nutmahlische Bitterung: Veränderliche Bewölkung, zeitweise Regen.
Die Erhöhung der Fleischpreise hat in zahlreichen württembergischen Städten zu einer Boykottierung der Fleischereien geführt.
Für den ersten deutschen Wasserflugwettbewerb in Heiligendam stehen Preise in Höhe von 70 000 Mark zur Verfügung.
Der Berliner Bankbeamte Friedrich Klotz, der über 100 000 Mark in Wertpapieren unterschlagen hatte, ist verhaftet worden.
Der französische Ministerpräsident Poincaré erstattete im Ministerrat Bericht über seine russische Reise.
Der französische Ministerrat hat beschlossen, zehn Luftschifferabteilungen zu schaffen.
Der russische Hauptmann Kostewitsch erstattete dem russischen Kriegsminister in Petersburg Bericht über seine Verhaftung in Deutschland.
In einem militärischen Mentereiprozess zu Tschakent wurden 15 Angeklagte zum Tode, 112 zu Zwangsarbeit und 79 zu Zuchthaus verurteilt.
Die aufständischen Aruauten haben Durazzo nochmals angegriffen, sind aber zurückgeworfen worden.
Die deutsche Kolonie in Marakelch hat in Rücklicht auf das Vordringen des Präsidenten El Dibas die Stadt mit den übrigen Fremden verlassen.

Schutz der Arbeitsfreiheit.

Der diesjährige sozialdemokratische Parteitag ist der erste nach einem Wahlkampf, der der Sozialdemokratie einen Zuwachs von einer Million Stimmen gebracht und ihr in der deutschen Volksovertretung nach Aufgabe der Fraktionshülle den ersten Platz verschafft hat. Mit Recht und stolzer Berechnung nennt sich die Sozialdemokratie seitdem die Viermillionenpartei; sie wehlt sehr genau, daß in einer Zeit, in der alles riesig und möglich in die Erscheinung treten muß, um Erfolge zu haben, auch im politischen Leben die rage du nombre ihre Wirkung nicht verfehlen kann. Darin liegt die große, heftig wachsende Gefahr für unser Staats- und Kulturleben. In Wirklichkeit albt es in Deutschland keine Viermillionenpartei, die auf das Programm und das sogenannte Staatsideal der Sozialdemokratie eingeschworen wäre. So weit kann ein Volk, dem einst der Ehrenname des Volkes der Dichter und Denker zueigen wurde, sich nicht verstellen, daß es in voller Ueberzeugung zum Träger und Teilhaberbarer Anvertraut werden, daß es mit dem Gift sozialistischer und kollektivistischer Ideen gegen sich selbst wüten, selbst seine Zukunft zerstören sollte. Vier Millionen Stimmen für die Sozialdemokratie, das heißt noch nicht vier Millionen Deutsche für die Sozialdemokratie. Aber man darf sich nicht verhehlen, daß das starke, aufeinander unaufhaltsame Anwachsen der sozialdemokratischen Wählerstimmen die breiten Massen, die den Dingen nicht auf den Grund sehen, geradezu heizigen muß. Noch weniger darf man sich darüber täuschen, daß die außerordentlich erfolgreiche Verdorbenheit der Sozialdemokratie da ihre wühelstetsten und größten Wirkungen erzielt, wo die, die ihr zum Opfer fallen sollen, geistlichen und eifrigen Agitatoren wehrlos gegenüberstehen: auf den Arbeitsplätzen, in den Werkstätten, in den Fabrikbetrieben. Hier geschieht es so gut wie nichts, um sie vor der täglich und stündlich drohenden Gefahr zu schützen. So ist es Jahrzehnte herangekommen, bis das Ergebnis der letzten Reichstagswahlen den schönen Traum, die sozialdemokratische Saat sei zum Stillstand gebracht, jäh zerstört hat. Spät, aber noch nicht zu spät ist der Weckruf ergangen. Wird er wenigstens jetzt gehört werden? Wird man wenigstens jetzt zu entschlossener, wirkungsvoller Tat kommen?

An ersten Wahnungen fehlt es nicht. Die sozialdemokratische Partei hat sich unbedinglich gemacht, dem verhassten Bürgertum, dem angeblich bereits in seinen Augen trauernden Gegenwartsstaat noch „aus andern anzusehen“ als bisher. Das war zu erwarten. Der letzte große Wahlerfolg der Partei soll nicht bloß bei parlamentarischen Abstimmungen oder in einer noch größeren Zahl parlamentarischer Kollationsstriden nach außen hin sichtbar

werden. Die Massen, denen die berufsmäßigen Heber goldene Berge versprochen haben, wollen sehen, daß es vorwärts geht, wollen für die schweren Opfer an Parteistauern, Verbandsbeiträgen und Vermittlungsausgaben greifbare Werte in die Hand bekommen. Mit Stolz, aber auch mit Erwartung blicken „die Proletarier aller Länder“ — oft genug hat sich die sozialdemokratische Presse damit gebrüht! — auf die deutsche Sozialdemokratie: sie erwarten Taten! Und die deutsche Sozialdemokratie, die sich ja immer der traurigen Aufgabe unterzogen hat, in waterlandloser Gesinnung, im Haß gegen die eigenen Volksgenossen, in der Schmähung und Bekämpfung der eigenen staatlichen Institutionen die sozialistischen Parteien anderer Länder zu überbieten, wird alles aufbieten, um zu handeln. Die Umstände, unter denen der Parteitag in Chemnitz zusammentritt, reden eine deutliche Sprache. Der Streit über die Budgetfrage ist beiseite; auch die babylonischen Revisionisten haben sich löblich unterworfen, und die radikalistische Richtung triumphiert. Dem Parteitag werden Vorschläge zur Aenderung des Organisationsstatuts unterbreitet werden. Im einzelnen, betreffs der Form der geplanten Neuerungen, sind Meinungsverschiedenheiten vorhanden; in der Sache, in dem Entschluß, die Stärke und Stokkraft der Partei durch eine noch straffere und leistungsfähigere Organisation zu steigern, sind alle eintig. Die Parteifinanzien sollen durch gleichmäßige Bemessung und teilweise Erhöhung der Vereinsbeiträge noch weiter verbessert werden. Dabei bestehen finanzielle Schwierigkeiten nicht; im Gegenteil, seit einer langen Reihe von Jahren werden, obwohl die Ausgaben sehr beträchtlich gestiegen sind, erhebliche Ersparnisse erzielt. Wenn trotzdem eine Steigerung der Einnahmen angestrebt wird, so ist das ein Beweis, daß die revolutionäre Partei auch in finanzieller Hinsicht rüht.

Die Agitation in öffentlichen Versammlungen ist in der letzten Zeit etwas zurückgetreten. Um so intensiver hat die sozialdemokratische Presse das Hengeschäft in der Presse betrieben. Gleich es doch „fürsich in einem Artikel der Leipziger Volkszeitung“: „Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter... werden die Kerntruppen der kommenden Massenkämpfe bilden... Der Arbeiter, der Gewerkschaftler in erster Linie, soll und muß sich ganz erfüllen lassen von dem revolutionären Ginsthauch, der durch unsere Seiten weht.“ In „gemeinverständlicher Weise hat auch über das, was im Werke ist, der holländische Sozialist Pannekoek in der „Neuen Zeit“ aus der Schule geplaudert. Der Bericht des sozialdemokratischen Parteivorstandes an den Parteitag enthält folgende Stelle: „Die deutsche Sozialdemokratie steht mit Inverpflichtung den kommenden Kämpfen entgegen; sie wird den Kampf um die Eroberung der politischen Macht fortsetzen mit aller Kraft...“ Das ist wieder einmal ein unumwundenes Bekenntnis zum gewalttätigen Umsturz, denn nur unter Anwendung von Gewalt, in einem Kampfe, in dem sie über die Staatsgewalt obliegt, könnte die Sozialdemokratie in den Besitz der politischen Macht gelangen. Zur preussischen Wahlrechtsfrage nimmt der Bericht, schwere Kämpfe ankündigend, in dem hohen Maße, diese Kämpfe werden, so es, was es wolle, bis zum letzten Ende geführt werden.“ Für die nächstjährigen Neuwahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus hat einer der sechs sozialdemokratischen Abgeordneten des preussischen Landtages, Dr. Liebnicht, jedoch in einer Wahlvereinsversammlung die Lösung ausgedrückt: „Die außerparlamentarischen Mittel müssen im bevorstehenden Wahlkampf in den Vordergrund gestellt werden... es gelte beizellen zu rühen, denn der Kampf müsse mit aller Schärfe geführt werden.“

Derartige Aeußerungen sind gewiss nicht neu, aber sie werden heute eher genommen als früher, und das ist notwendig angesichts der Stärke der sozialdemokratischen Organisation, angesichts ihrer sich vollziehenden Erweiterung durch die sogenannte Volksfürsorge. Dabei handelt es sich nicht etwa um ein „Gineinwachsen in den Gegenwartsstaat“. Wenigen und Mittel braucht die Umsturzpartei zur Eroberung der politischen Macht, und die soll ihr die Volksversicherung verschaffen. Aber die Härte von ihren Kämpfen ist der Terrorismus. Die Parole „Ehrt rot, dann Brot“, deren furchtbare, das Familienglück mordende Wirkungen auf dem Katholikentag in Aachen der Abgeordnete Wiesbers in geradezu erschütternder Weise schilderte, herrscht unbedinglich. Die Anredung durch das Programm einer Partei, die bei dem Besuch des Kaisers in Frankfurt a. M. das Parteiorgan „Frankfurter Volks-

stimme“ auf den revolutionären Ruf „Es lebe die Republik!“ festgelegt hat, macht unter der Arbeiterschaft immer weitere Fortschritte.

Das deutsche Bürgertum mühte sein Blut in den Adern haben, wenn es zu solchem Treiben schweige. Der gemessenlose Versuch, Hunderttausende von Bergarbeitern gegen ihren Willen in einen Streik hineinzuzwingen, bloß, um eine Machtdrohe auf Kosten des Wirtschaftsfriedens zu veranstalten, hat auch den Kurzsichtigen die Augen geöffnet. Trozdem will in der Frage des Arbeitswillenschusses die Reichsregierung anscheinend an ihrem Standpunkt festhalten. Aber hat dieser Standpunkt jetzt noch Berechtigung? Namens der sächsischen Staatsregierung hat der Staatsminister Graf Vitzthum v. Eckardt, bereits im Dezember 1911, die Erklärung abgegeben: die königliche Staatsregierung sei bereit, beim Bundesrat für entsprechende Aenderung oder Ergänzung der einschlägigen Reichsgesetze einzutreten; auch bei den Arbeiten der Strafgesetzbuchkommission werde die Staatsregierung auf die Dringlichkeit der Lösung dieser Frage hinweisen. Auf den gleichen Standpunkt hat sich die hamburgische Regierung gestellt; auch auf die bayrische Regierung dürfte zu zählen sein. Seitens der preussischen Regierung liegt eine Meinungsäußerung nicht vor, aber in beiden Häusern des Landtags sind starke Mehrheiten für die Forderung vorhanden. Dazu kommt, daß Handelskammern, Handwerks- und Gewerkevereinigungen, Hansabund-Organisationen, nicht zuletzt der evangelisch-soziale Kongress für die Notwendigkeit eines Gesetzes zum Schutze der Willensfreiheit, insbesondere für ein Verbot des Streiklockens, und zwar gerade auch im Interesse der Arbeiter, sich ausgesprochen haben. Die Reichsregierung muß in dieser Frage anscheinend gedrängt werden, und sie wird so lange gedrängt werden, bis diese Forderung des Tages ihre Erfüllung gefunden hat.

Drahtmeldungen

Der erste deutsche Wasserflugwettbewerb.
Berlin. (Prin.-Tel.) Für den in den Tagen vom 29. August bis 5. September stattfindenden ersten deutschen Wasserflugwettbewerb, dessen Protektorat der Großherzog von Mecklenburg-Zahmerin übernommen hat und der bekanntlich in Heiligendam zum Austrag kommt, stehen bereits acht Meldungen vor. Mit den Summen der Staatsbehörde stehen Preise in Höhe von 70 000 Mk. zur Verfügung. Vom Reichsmarineminister werden Vertreter an dem Wasserflugwettbewerb entsandt werden.

Der Paris-Berlin-Niederer Nudemas in Johannisthal.
Berlin. (Prin.-Tel.) Der Paris-Berlin-Niederer Nudemas wird für die nächste Zeit noch einmal nach Paris zurückkehren, um seine dortigen Kontakte zu lösen und den Kernflug Paris-Berlin noch einmal durchzuführen. Dann aber will er in Johannisthal bleiben und in die Dienste der Luftverkehrsgesellschaft treten, um einen Luftverkehrsgesellschaftsleiter zu werden. Nudemas wird als Pilotenlehrer wirken, hauptsächlich aber an Konturrenzen teilnehmen.

Die Nordseemannver unserer Hochseeflotte.
Ael. Das zweite Geschwader der Hochseeflotte und der Verband der Auffahrtsschiffe sind heute zu den Manövern nach der Nordsee abgegangen. Die Schiffe nehmen ihren Weg um Skagen.

Deutscher Genossenschaftstag.
München. (Prin.-Tel.) Der Genossenschaftstag nahm folgenden Antrag des Gesamtanschlusses ohne Debatte einstimmig an: Gegenüber dem stetig wachsenden Einfluß des modernen Kapitalismus, der die Stufen zwischen den auseinanderstrebenden Elementen der menschlichen Gesellschaft — den besitzlosen und den besitzhaften Klassen — immer mehr erweitert, die bestehenden sozialen Gegensätze verschärft und weite Kreise des arbeitenden Mittelstandes in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht, betont der Allgemeine Genossenschaftstag aufs neue die hohe Bedeutung der den deutschen Genossenschaften von Schuttschlichter übernommenen Aufgabe: Durch Zusammenfassung zahlreicher, in ihrer Vereinzelung schwacher Kräfte machtvolle wirtschaftliche Einheiten zu organisieren und diese unter gewissenhafter Beachtung der in mehr als 50-jähriger Praxis erprobten genossenschaftlichen Grundzüge so auszubauen, daß sie alle die, die zum Leben, unter dem bewährten Banner der Selbsthilfe und Solidarität zu vereinen und ihnen in dem Streben nach Erhaltung ihrer wirtschaftlichen Selbstständigkeit ebenso wirksamen, als dauernden Beistand zu leisten vermögen.“